



Kriminalität

Jeden Tag wird ein Auto im Kreis aufgebrochen

Betroffen sind insbesondere hochwertige PKW der Firmen Audi, BMW, Mercedes, Porsche und VW. Der durchschnittliche Beutewert liegt bei 2600 €. Die Täter gehen sehr strukturiert und professionell vor.

Nachdem mehrere Bürger mich auf die Thematik aufmerksam gemacht hatten, hakte ich beim Landesinnenminister nach, der inzwischen geantwortet hat: Gestohlen werden vor allem Navigationsgeräte und Airbags. Oft werden dabei ganze Armaturenbretter herausgerissen. Das Diebesgut wird in Fahrzeugen, über Versanddienste, in Reisetaschen und Koffern ins osteuropäische Ausland geschafft und von dort über Internetplattformen oder auf Flohmärkten weiterverkauft.

Die Aufklärungsquote im Kreis lag im ersten Halbjahr 2014 bei nur 7,8%. Die Täter sind in der Regel in Banden organisiert und stammen aus Osteuropa. Sechs Tatverdächtige im Alter von 23-45 Jahren konnten 2014 von der Polizei vor Ort ermittelt werden. Die ausnahmslos männlichen Täter stammen aus Litauen, Polen und Serbien. Die Beutehöhe lag 2014 (Stand: 17. 11.) bei rund 780.000 Euro.

Frechen, Hürth und Pulheim sind besonders häufige Tatorte. Mehr: <http://kurzlink.de/GGkfzAufbruch>.

Flüchtlingspolitik

Hilfe des Bundes landet nur zu 50 Prozent im Rhein-Erft-Kreis

Die vom Bund gewährte Hilfe für die Kommunen bei den Flüchtlingskosten wird in Nordrhein-Westfalen nur zur Hälfte weitergeleitet. Statt 2,8 bekommen die Städte im Kreis lediglich rund 1,4 Millionen Euro.

Die kommunalen Kosten für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sorgen für eine erhebliche Belastung der Städte und Gemeinden. Auch wenn die Summe von 1.385.327 Euro eine wirklich große Hilfe ist – bei den weiter steigenden Flüchtlingszahlen und finanziellen Belastungen hätten die Bundesmittel zu 100 Prozent an die Kommunen gehen müssen.

Es ist unredlich, dass das Land die Bundesmittel jetzt dafür nutzt, eigene, lange angekündigte Maßnahmen zur Verbesserung der Flüchtlingspolitik zu finanzieren. Der Bund hat ausdrücklich vorgesehen, dass in den Ländern, in denen die Kommunen Kostenträger der Flüchtlingshilfe sind, eine entsprechende Weitergabe der Mittel zugesichert wird. Daran hält sich Rot-Grün nicht und unterschlägt letztlich Gelder, die unsere Kommunen dringend benötigen. Mehr: <http://kurzlink.de/GGfluechtlingshilfe>.

Kommunalwahlrecht

CDU für 2,5-Prozent-Sperrklausel bei Kommunalwahlen

Die CDU-Landtagsfraktion wird zeitnah Gespräche mit den anderen Landtagsfraktionen aufnehmen, um möglichst schnell das notwendige parlamentarische Verfahren beginnen zu können.

Die Zahl der Ratsfraktionen sowie von Gruppierungen und Einzelbewerbern ohne Fraktionsstatus in den Gemeindevertretungen hat sich seit der letzten Kommunalwahl drastisch erhöht. Dadurch dauern Ratsitzungen in vielen Städten immer länger, ohne dass notwendige Entscheidungen getroffen werden. Zudem wird es zunehmend schwieriger, politisch Interessierte für eine ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen, die als zeitintensiv und ineffektiv erlebt wird.

Im Spannungsfeld zwischen den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen, der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen und der möglichst weitgehenden Beteiligung von Bürgergruppen halten wir eine Sperrklausel von 2,5 Prozent für geeignet und angemessen.